

20. IX. 1916

Die Mängel der Kriegswirtschaft.

In der Debatte betonte ein fortschrittlicher Abgeordneter, daß die bisherige Kriegswirtschaft wenig Freunde sich erworben habe; das liege aber nicht allein am Kriegsernährungsamt, sondern zum Teil an den Kriegsverhältnissen. Ohne Zwischenhandel gehe es nicht, das sei erwiesen. Die bürokratische Organisation sollte durch die Organisation des Großhandels ersetzt werden. Die vielen Verordnungen hätten verwirrend gewirkt, insbesondere die Eingriffe in die Futterrübenverzeugung. Die wenig gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittel in die einzelnen Bezirke schaffe Verbitterung. In großen Städten sei nicht der Arbeiter, der Zuschußkarten erhalte, am schlechtesten daran, sondern andere Kreise litten unter größeren Ernährungsschwierigkeiten.

Ein Mitglied der Deutschen Fraktion erkannte die Notwendigkeit einer Organisation, wie sie das Kriegsernährungsamt ist, an.

Ein Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes erklärte, für die Beurteilung der Frage, ob der Rübenbau zu fördern sei, sei der preussische Landwirtschaftsminister zuständig. Eine Einschränkung des Rübenbaus sei nicht verfügt worden. Vielmehr sei, und zwar aus praktischen Gründen, sowie auf Grund des Mangels an Arbeitskräften, nur bestimmt worden, daß nicht

mehr als 75 Prozent der gesamten Anbaufläche eines Rübenbauers mit Rüben bestellt werden sollten.

General v. Dren legte die Ernährungsverhältnisse in den besetzten Gebieten Nordfrankreichs dar und betonte, daß dort die Verpflegung durchaus rationiert sei und die Sätze nicht höher seien als bei uns.

Gegen Zentralisierung der Lebensmittelverteilung.

Ein Zentrumsredner wies die Angriffe auf die bayerische Gerstenkontingentierung zurück. Die Kontingentierung sei in Bayern die gleiche wie in Preußen, nur hätten die bayerischen Brauer durch besseres Zusammenarbeiten mit der Landwirtschaft die auf sie entfallende Gerste erhalten, während das bei den norddeutschen Brauereien nicht der Fall sei. Der Unterschied liege also mehr in der Organisation als in einer Bevorzugung Bayerns. Dem Verlangen des fortschrittlichen Redners auf Organisation der Lebensmittelverteilung durch den Großhandel könne er nicht beistimmen. Vielmehr solle die bisherige Organisation belassen werden. Im ganzen Reiche alles zentral zu regeln, sei unmöglich. Deshalb könne er auch nicht billigen, daß der Sitz aller Zentralstellen Berlin sei. Dadurch seien die Bundesstaaten in vielen Fragen ausgeschaltet und gut wirkende Organisationen in Süddeutschland seien einzeln aufgelöst. Hierauf sei die Mißstimmung in den Bundesstaaten zu einem großen Teile zurückzuführen. Ueber den Kopf der bundesstaatlichen Zentralstellen hinweg sollten Verfügungen nicht erlassen werden.

Ein fortschrittlicher Redner pflichtete zunächst den Ausführungen des Vorredners über Nichtanhörung des parlamentarischen Beirats bei. Sodann kam er auf die Schwierigkeiten zu sprechen, deren Angelpunkt in der Viehwirtschaft liege. Man solle doch endlich von dem Fanatismus der Zahlen abgehen und den Viehbestand nach den vorhandenen Futtermitteln einrichten. Nur so werde eine ausreichende Fütterung ermöglicht und damit große Rugerträge an Fleisch, Fett und Milch erzielt. Der Rindviehbestand sei jetzt höher als 1912; damals habe er 20 982 000 Stück betragen, und jetzt seien 400 000 Stück mehr vorhanden. Die unterschiedlichen Preise für Hafer, Gerste und Brotgetreide müßten beseitigt werden, da sie zum Verfüttern des Brotgetreides anreizten. Die Haltung von sogenannten Pensionschweinen sei ein Unfug, weil dadurch viel Futter vergeudet werde.

Berlin als Zentrale.

Der Präsident v. Batocki betont, daß die Kriegsgesellschaften aus Gründen des Zusammenarbeitens in Berlin bleiben müssen. Die Verordnung betreffend Obst und Zwetschen sei eilig gewesen, man habe den Beirat nicht vorher hören können, sonst wären Beschwerden über Versäumnis gekommen. Die menschliche Ernährung müsse vorgehen. Die jetzigen Rindviehbestände ließen sich durchhalten. Bei den Schweinen dürfe eine Zunahme nicht eintreten. Eine Abminderung des Preises sei zu erwarten. Ein radikales Eingreifen zur Verminderung des Schweinebestandes sei nicht beabsichtigt.

Ein nationalliberaler Redner stimmt den Ansichten des Präsidenten von Batocki bei. Man dürfe über die Schweinepreise nicht herabsehen, andernfalls werde die Produktionslust geschwächt. An anderen Stellen, z. B. beim Obst, seien die Preise unnatürlich hoch. Warum habe man die Wildpreise so exorbitant erhöht? Ein Produktionszwang in der Landwirtschaft sei undurchführbar und volkswirtschaftlich bedenklich. Der Redner bedauert, daß nicht Gebrauch gemacht werde von der Sachkunde eines Mannes wie Dr. Heim, dem die Verhältnisse der bäuerlichen Besther außerordentlich bekannt sind.

Herr von Batocki erwidert, daß ein Vertreter bäuerlicher Interessen bereits in der Person des Herrn Säger dem Vorstand des R. E. A. angehöre. Er lehne es ab, darüber zu diskutieren, ob Herr Dr. Heim sich besser eigne.

Ein konservativer Redner hält die Aufhebung des geltenden Systems für unmöglich, aber bewährt habe es sich nicht unbedingt. Die Ausschaltung des Kartoffelhandels sei ein Fehler gewesen, von dem manche Mißstände herrührten.

Darauf werden die Verhandlungen auf Freitag vormittag vertagt.